

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

56 (14.5.1923)

Ercheint
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugspreis:

Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. andere Anstänger
ohne Befristung
monatlich 2700.— Mk.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt be-
hältlich Ansehen auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Geschäftsjahr 1922-23, Sonntags
geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. 11.

Postfach-Konto
Karlstraße Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung
Gegründet
1839

General-Anzeiger für das

Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 60.— Mk.

Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 180.— Mk.

Anzeigen mit Bekanntschafts-
Ankunft 180.— Mark Sonderbe-
günstigung. Alle Preise freibleibend.

Grundriss in Anzeigen- und
Textteil ist frei.

Bei Wiederholungen tarifreter
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Ver-
tretung und bei Konkurs erlischt.

Platzveränderungen werden nicht an-
erkannt und für Annahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
phonische Aufträge keine Gewähr
übernehmen.

Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen müssen
am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 56.

Montag, den 14. Mai 1923.

84. Jahrgang

Die englische und italienische Note.

Die englische Note.

London, 13. Mai. Die britische Antwortnote ist heute
vormittag dem deutschen Botschafter übergeben worden. Sie
hat folgenden Wortlaut:

Ev. Erzengel: Die Regierung seiner Majestät hat dem
Memorandum, das Ev. Erzengel mir am 2. Mai mitgeteilt
haben und in dem die deutsche Regierung ihre Vorschläge
für eine Regelung der Reparationsfrage vorlegt, ihre Sorg-
fältigkeit und Aufmerksamkeit zuteil werden lassen. Dieser
Schritt der deutschen Regierung ist bekanntlich die Folge
einer Anregung gewesen, die ich im Laufe einer Debatte im
britischen Parlament am 20. April gegeben habe und die
Regierung Sr. Majestät hat daher an der Antwort, die auf
diesen Appell hin erfolgt ist, ein besonderes Interesse. Ich kann
Ev. Erzengel nicht verhehlen, daß die Vorschläge Ihrer Re-
gierung eine große Enttäuschung gewesen sind und daß die
deutsche Regierung den ungünstigen Eindruck, den sie sowohl
auf die Regierung Sr. Majestät als auf ihre Alliierten ge-
macht haben, nach meiner Ansicht hätte voraussehen und ihm
daher vorbeugen können und müssen. Die Vorschläge entsprechen
weder der Form noch dem Inhalt nach dem, was Seiner
Majestät Regierung vernünftigerweise als Antwort auf den
Rat hätte erwarten können, den ich bei mehr als einer Ge-
legenheit der deutschen Regierung durch Ev. Erzengel zukom-
men zu lassen unternommen habe und auf den direkten von
mir in der erwähnten Rede gegebenen Hinweis.

Die Hauptgründe für diese berechtigte Enttäuschung sind
die folgenden:

1. Die deutsche Regierung bietet als gesamte Bezahlung
ihrer anerkannten Schulden eine Summe an, die weit unter
dem mäßigen Betrag liegt, der die Grundlage des der Pariser
Konferenz im letzten Januar unterbreiteten britischen Zahlungs-
planes bildet und daher von vornherein als für die alliierten Re-
gierungen völlig unannehmbar hätte erkannt werden müssen.
Weiterhin wird die Zahlung sogar dieser unzulänglichen Summe
von dem Ergebnis einer Reihe intern. Anleihen abhängig ge-
macht, das unter den kundgegebenen Bedingungen in weitem
Umfange ungewiß sein muß, und zwar in so hohem Grade, daß
der von der deutschen Regierung vorgelegte Plan tatsächlich
Bestimmungen enthält, die sich mit der Möglichkeit des Nicht-
zustandekommens der Anleihen beschäftigen. Außerdem schließen
die zu diesem Punkte vorgeschlagenen Regelungen finanzielle
Bedingungen ein, die für Deutschland weniger drückend sind
als wenn die Anleihen erfolgreich wären, so daß kein wirklicher
Anreiz für Deutschland gegeben ist, den Versuch zur Aufbringung
zu machen.

2. Daß die deutsche Regierung unterläßt die Art der
Garantien mit größerer Schärfe zu bezeichnen, die Deutschland
anzubieten bereit ist, ist noch ganz besonders zu bedauern.
Statt greifbare substantielle Vorschläge in dieser Richtung zu
erhalten, sehen sich die alliierten Regierungen unbestimmten
Versicherungen, Bezugnahmen auf künftige Verhandlungen ge-
genübergestellt, die in einer geschäftlichen Transaktion dieser Art
praktischen Wertes entbehren.

Die Enttäuschung ist umso größer, als die Regierung
Sr. Majestät gern den Glauben aufrecht erhalten möchte, daß
in dem deutschen Memorandum Anzeichen dafür zu finden seien,
daß die deutsche Regierung die auf ihr liegenden Verpflichtun-
gen anerkennt, eine ernsthafte Anstrengung zur Erfüllung
ihrer Verbindlichkeiten aus dem Vertrag von Versailles zu
machen, in einer Weise, die die Alliierten als billig und auf-
richtig ansehen können.

Wenn Deutschland die Absicht hat, den Weg zu einer wirk-
samen und schnellen Lösung eines Problems zu eröffnen,
das, solange es nicht gelöst, die politische und wirtschaftliche
Lage Europas und tatsächlich der ganzen Welt in ernste Ver-
wirrung bringt, dann scheint es bedauerlich, daß es nicht eine
klare und schärfere Abschätzung der Linien bewiesen hat,
auf denen allein eine solche Lösung gesucht werden kann.

Die Regierung Sr. Majestät ist ihrerseits überzeugt, daß
Deutschland in seinem eigenen Interesse es vorteilhaft finden
wird eine größere Bereitwilligkeit zur Auseinandersetzung mit
der tatsächlichen Lage zu entwickeln und unter Ausschaltung
aller unpopulären und hitzigen Punkte dazu schreiten wird,
seine Vorschläge noch einmal zu erwägen und zu erweitern,
daß sie in eine brauchbare Grundlage für weitere Erörterungen
umgewandelt werden. An einer solchen Erörterung wird die
Regierung Sr. Majestät bereit sein, im geeigneten Augenblick
an der Seite ihrer Alliierten teilzunehmen, mit denen sie
ein praktisches Interesse in dieser Frage teilt, das sie eben-
sowenig aufzugeben beabsichtigt, wie den Wunsch, einer Lage
von internationaler Gefahr ein Ende zu machen. Aber sie kann
der deutschen Regierung nicht verhehlen, daß der erste Schritt
zur Verwirklichung einer solchen Hoffnung die Anerkennung
von Seiten Deutschlands sein muß, daß eine viel ernsthaftere
und viel bestimmtere Mitwirkung erforderlich ist, als sie je
bisher in Erscheinung getreten ist.

Ich habe die Ehre usw. (gez.) Curzon of Kedleston.

Die italienische Note.

Berlin, 13. Mai. Die heute mittag der deutschen Botschaft
in Rom überreichte Note der italienischen Regierung lautet in
deutscher Uebersetzung:

Herr Botschafter! Die aufmerksamste Prüfung des Memozan-
dums vom 2. Mai d. J., das die Vorschläge der deutschen

Regierung für eine Regelung der Reparationsfrage enthält,
hat mich überzeugen müssen, daß sie nicht geeignet sind, den
alliierten Regierungen als Grundlage für eine entscheidende Dis-
kussion zu dienen.

Meine wiederholten Bemühungen, die deutsche Regierung
zu veranlassen, vernünftige und praktische Vorschläge vorzu-
legen, um aus der in Mitteleuropa entstandenen gefährlichen
Lage herauszukommen, gaben mir einigen Grund zu der Hoff-
nung, daß der Schritt der deutschen Regierung einen Fortschritt
auf dem Wege einer friedlichen Lösung der Frage bedeuten
würde; ich muß jedoch feststellen, daß meine Erwartung ge-
täuscht worden ist. Der Standpunkt der italienischen Regierung
in der Sache ist bekannt. Wie aus den von ihr bei den letzten
beiden Konferenzen in London und Paris vorgelegten Plänen
hervorgeht, ist Italien durch seine gegenwärtige wirtschaftliche
und finanzielle Lage gezwungen, das Reparationsproblem und
das Problem der interalliierten Kriegsschulden als immer enger
miteinander verbunden anzusehen. Italien kann nicht umhin,
darauf zu dringen, daß die beiden Fragen sobald als möglich
gelöst werden, wobei auch die Aufwendung für den Wiederaufbau
seiner eigenen besetzten Provinzen berücksichtigt werden
müssen. Diese Notwendigkeiten erklären deutlich meine
Haltung sowohl bei den Beschlüssen der Reparationskommission
als auch bei allen Ereignissen, die nach der letzten Konferenz
von Paris eingetroffen sind, wobei zu berücksichtigen und als
feststehend anzusehen ist, daß sein Interesse und seine Forder-
ungen bei der Lösung dieser äußerst ernsten Fragen nicht geringer
sind als diejenigen irgend eines Alliierten sonst. Wie in vielen
amtlichen Äußerungen und besonderen Akten der königlichen
Regierung bekundet worden ist, ist Italien geneigt, seinen An-
teil an den Opfern zu tragen, um zu einer allgemeinen wirt-
schaftlichen Regelung zu gelangen. Aber es kann nicht zugeben,
daß ihm mehr auferlegt wird, als seine Kräfte bei vernünftiger
Schätzung zulassen. Auch darf nicht vergesen werden, welche
Stellung Italien hinsichtlich der Reparationen der kleinen Staa-
ten hat, in Ansehung derer es aus Generosität und Mäßigung
sowie aus Rücksicht auf deren äußerste Notlage, erhebliche Kon-
zessionen bewilligt hat, ohne sich bisher auf das Recht der
in Verträgen festgelegten Mitverantwortlichkeit Deutschlands zu
berufen oder auf dieses Recht zurückzugreifen. (Nun, des WB.:
Die Uebersetzung des vorstehenden Satzes ist unklar, da offen-
sichtlich eine Verstümmelung des Telegramms aus Rom vor-
liegt.)

Der deutschen Regierung ist übrigens bekannt, daß die
italienische Regierung sich zu ihrem lebhaften Bedauern ge-
zwungen sah, dem von der englischen Regierung der Konferenz
in Paris vorgelegten Plan zur Regelung der Reparationen nicht
beizutreten; obwohl das Memorandum Bonar Lams hohe Ziele
anstrebte, schien es die unabwiesbaren Forderungen Italiens
nicht genügend zu berücksichtigen. Nach diesem unmittelbaren
Vorgang muß die italienische Regierung mit berechtigtem Er-
staunen hervorheben, daß das deutsche Memorandum vom 2.
Mai weit hinter den Vorschlägen zurückbliebe, die in dem
Plan der britischen Regierung enthalten waren. Abgesehen da-
von, daß die für die Reparationen festgesetzte Summe offen-
sichtlich weit niedriger ist als irgendein noch so geringer Betrag,
den man vernünftigerweise hätte erwarten können, ist die inter-
nationale Anleihe, mit der die Zahlung dieser Summe vollständig
bewirkt werden soll, nur als ein Mittel angegeben, ohne die
notwendigen genaueren Angaben und ohne daß gesagt wäre,
wie für ihre Unterbringung und ihren Erfolg zweckmäßig ge-
sorgt werden soll. Ebenso fehlen alle konkreten Angaben über
Garantien und Pfänder sowie jede Bürgschaft für deren tat-
sächliche Bestellung.

Der deutsche Vorschlag stellt daher keinen organischen und
vollständigen Plan dar, wie er notwendig gewesen wäre, um
zu einer auch nur grundsätzlichen Erörterung Anlaß zu geben,
vielmehr beschränkt er sich auf eine Reihe von unbestimmten
und ungenauen Angaben, die um so weniger Wert haben,
je wichtiger die Fragen, auf die sie sich beziehen, für die all-
gemeine Regelung sind. Dieser Mangel wird von der italienischen
Regierung bedauert, weil er zum allgemeinen Schaden jede
Anbahnung einer Lösung des Problems verzögert und weil er
eine Ansicht stärken kann, die gewisse Anhänger hat, näm-
lich die Ansicht, daß sich Deutschland unter dem Einflusse
gewisser innerpolitischer Strömungen der Erfüllung seiner eigenen
Verpflichtungen zu entziehen suche.

Da die italienische Regierung unter diesen Umständen fest-
stellen muß, daß die deutschen Vorschläge keine wesentlichen
Änderungen der Lage herbeigeführt haben und obwohl sie
in ihrer Erwartung getäuscht worden ist, wiederholt sie ihren
Rat, daß sowohl im Interesse Deutschlands als im allgemeinen
Interesse des Friedens und der europäischen Wirtschaft
eine baldige neue Entschlebung der deutschen Regierung zu
Vorschlägen führen möge.

die durch ihren Inhalt und ihre Bestimmtheit geeignet er-
scheinen, von der königlichen Regierung zusammen mit ihren
Alliierten mit Aussicht auf Erfolg einer Prüfung unterzogen
zu werden.

Genehmigen Sie... usw.

Pariser Anbehagen über die englisch-italienische Antwort an
Deutschland.

Paris, 11. Mai. Im Vordergrund der Betrachtungen der
Pariser Presse stehen die Vermutungen über den Inhalt der
Antworten, die England und Italien an Deutschland richteten

werden. Millet schreibt dazu im „Petit Parisien“, beide Re-
gierungen benutzten den Besuch des englischen Herrscherpaars
in Rom, um in der Reparationsfrage und im Ruhrkonflikt die
gleiche Haltung zu verabreden. Was die Zahlungsfrage an-
langt, so scheinen die beiden Länder das deutsche Angebot als
unannehmbar abzuweisen. Beide Regierungen werden Deutsch-
land raten, annehmbare Vorschläge einzubringen und zwar recht
bald, um nicht die Unterhaltung fallen zu lassen. England und
Italien seien einig in der Auffassung, eine internationale Kon-
ferenz einuberufen, an der auch Amerika teilnehmen würde,
und der es vorbehalten werde, Ruhrkonflikt und Reparations-
problem endgültig zu lösen. Davon könne freilich erst die Rede
sein, wenn Deutschland die Hilfe der beiden Regierungen beache.
Gegenüber diesem Plan sagt Millet schon jetzt, er werde
auf den Widerstand Frankreichs und Belgiens stoßen, solange
Deutschland den Widerstand im besetzten Gebiet fortsetzt und auf
der Räumung des Ruhrreviers vor Eintritt der Zahlungen
besteht. Nach dem „Matin“ hat der französische Botschafter im
Londoner Foreign Office mit dem Unterstaatssekretär Eyre
Crown eine Besprechung gehabt, in der er zu erfahren wünschte,
ob die englische Antwortnote mindestens 24 Stunden vor Ueber-
reichung an das Berliner Kabinett der französischen und belgi-
schen Regierung mitgeteilt werden würde.

Die Wirkungen des Ruhrkonflikts auf den englischen Handel.

London, 11. Mai. Der frühere Verkehrsminister Geddes
erklärte in einer Rede in der Generalversammlung des Ver-
bandes der britischen Handelsschutzgesellschaft über die Wirkung
der augenblicklichen Lage in Europa auf den englischen Handel
und Erwerb, die Besserung in dem englischen Ausfuhrhandel
sei aufgehalten worden. Der Grund dafür sei seiner Ansicht
nach die Besetzung des Ruhrgebiets und die ungedrönte Lage
Europas. Die Tatsache allein, daß keine Regelung des europä-
ischen Problems vorhanden sei, koste England riesige Sum-
men trotzdem es keinen aktiven Anteil an den Aktionen in
dem Ruhrgebiet nehme. Der englische Handel in Europa schwinde
dahin und werde sich noch weiter vermindern. Geddes fuhr
fort, es sei falsch die Arme zu verhängen und nicht zu sagen,
es sei nicht richtig, die Pistole an den Kopf eines Mannes
zu halten, mit dem man für Jahre hinaus Geschäfte treiben
müsse. Frankreich habe nicht mit Deutschland am Verhand-
lungstisch gesessen. Dies sei unkaufmännisch.

Inzwischen zahle England an seine Arbeiter Arbeitslosenunter-
stützung. Geddes schloß: „Seid ihr stolz über eure Lage? Ich
bin es nicht. Wir scheinen nicht wert zu sein, zu Rate gezogen
zu werden. Wenn die augenblicklichen unbilligsten Verhält-
nisse in Europa fortbauerten, werde England ein schlimmerer
Leidtragender sein als vielleicht selbst Deutschland. Geddes sagte:
„Wir können nicht länger bei Seite stehen vor der Entschlossenheit
Europas und der Welt. Ich kann mir nicht denken, daß
heute irgend ein sich selbst achtender Engländer stolz über
unser augenblickliche Lage mit Bezug auf das Ruhrgebiet
und Europa ist.“ Der Vizepräsident, das unionistische Parla-
mentsmitglied Samuel, erklärte, es sei klar, daß Frankreich
Reparationen erhalten wolle in Gestalt deutschen Gebietes eher
als in Gestalt von Geld. Durch die Annahme dieser Haltung
werde Frankreich keinen Frieden bekommen. Die Aktion Frank-
reichs sei bedauerlich, da der Friede die erste Notwendigkeit
für England sei.

Englands Furcht vor Fliegerangriffen.

London, 10. Mai. Lord Birkenfeld fragte in der gestrigen
Oberhausung die Regierung, welche Informationen sie über
den Bau von Flugzeugen in Deutschland habe, 1. für militärische
und Flottenzwecke, 2. für Handelszwecke und welches die Poli-
tik der Regierung hinsichtlich des Luft-Standards sei, den die
Sicherheit Englands erfordere. England besitze 54 Flieger-
abteilungen mit 395 Flugzeugen, dagegen Frankreich 140 Flie-
gerabteilungen mit 1260 Flugzeugen. Dieses Mißverhältnis in
der Stärke der zwei benachbarten Länder — so freundschaftlich
auch ihre Beziehungen seien — sei so alarmierend, daß keine
Regierung die Fortdauer dieses Mißverhältnisses gestatten könne.
Er stelle diese besondere Frage über Deutschland um klar-
zustellen, ob irgendeine so furchtbare Bedrohung im Mittel-
punkte Europas bestehe, wie ein Teil der Presse behaupte. Er
habe Mitteilungen gelesen, wonach in Deutschland und in
Rußland unter Leitung früherer deutscher Offiziere siederhaft
an der Herstellung von Flugzeugen gearbeitet werde. Alle ihm
zur Verfügung stehenden Informationen, lauteten jedoch ent-
gegengekehrt. Seine Quellen seien, obgleich nicht offiziell, doch
zuverlässig. Lord Salisbury erwiderte namens der Regierung,
was die besondere Frage über Deutschland betreffe, so bestehe
keinerlei Grund zu der Annahme, daß die deutsche Regierung
dem Versailles Vertrag zuwider handle, die deutsche Flugzeug-
industrie scheine jedoch bis zu einem gewissen Maße außerhalb
Deutschlands entwickelt zu werden. Die im Bau befindlichen
Handelsflugzeuge entsprächen alle den unter dem Friedensvertrag
aufgestellten Regeln, mit Ausnahme eines Luftschiffes, das
in Deutschland für die Vereinigten Staaten gebaut werde.
Salisbury erklärte schließlich, es würde verfrüht sein, irgendeine
Erklärung über den erforderlichen Luftstandard abzugeben. Bir-
kenfeld verglich die Stärke Englands mit der befreundeten
Macht. Zweifellos müsse die Luftstärke jeder Macht, sei es einer
befreundeten oder einer nicht befreundeten, auf England zu-
rückwirken. Er würde es jedoch bedauern, wenn die Auffassung
entstünde, als ob England wegen der Angriffsbedrohung durch
jene große befreundete Macht seine Luftstreitkräfte, aufstella.
England bleibe Freund mit Frankreich. Salisbury erklärte am
Ende seiner Rede jedoch, die Regierung habe eine be-
trächtliche Vermehrung der Luftstreitkräfte für erforderlich.

Die Wirkung des Racheurteils.

Ueber die Wirkung des Werbener Racheurteils auf die Volkstimmung im Einbruchgebiet wird der „Frkf. St.“ aus Essen u. a. folgendes geschrieben:

Der Krieg gegen ein ganzes Volk wird hier auf Leben und Freiheit des Einzelnen ausgedehnt. Man braucht nur den französischen Offizieren in Werden nach der Verlesung des Urteils in die Augen gesehen und ihre tiefe Befriedigung wahrgenommen zu haben, um den Sinn dieses Urteils voll zu erfassen. Der Spruch von Werden ist mehr als ein Prestigeurteil. Unter diesen Umständen denkt hier im Ruhrgebiet auch kein Mensch daran, den passiven Widerstand, den stärksten deutschen Aktionsposten in der gegenwärtigen Situation aufzugeben, bevor alle von französischen Kriegsgerichten Verurteilten in Freiheit gesetzt sind. Die aus ganz Deutschland eintreffenden Protest- und Sympathie Kundgebungen sind der schwergeprüften Bevölkerung eine wertvolle Stärkung in ihrem Abwehrkampf gegen den fremden Eindringling. Es ist kein Zweifel, daß der Spruch des Kriegsgerichts eine eiserne Geschlossenheit erzeugt hat, nun erst recht in dem mit ungleichen Waffen geführten Kampf nicht eher nachzugeben, bis das Recht wieder zu Ehren gekommen ist. Darüber gibts im Ruhrgebiet nur eine Stimme. Der Kruppische Betriebsrat erklärt in einer Kundgebung, daß er sich durch das Urteil in dem Kampf um das Recht der freien Arbeit nicht niederringen lassen werde und die Essener Gewerkschaften erklären, daß auch das Werbener Urteil nicht in der Lage sei, die geschlossene Abwehr aller Arbeitnehmender gegen feindliche und militärische Eingriffe in die Betriebe zu erschüttern. „Wir arbeiten auch in Zukunft nicht unter Bajonetten“, dies ist die allgemein verbreitete Anschauung der die Gewerkschaften entschlossen Ausdruck geben. Am Tag zuvor erst hatte der Alte Bergarbeiterverband, mit dem sichtlich die anderen Verbände völlig einig gehen, öffentlich die Entschlossenheit kundgegeben, „den passiven Widerstand gegen den französisch-belgischen Einbruch solange fortzusetzen, bis eine Verständigung zwischen Deutschland und den Okkupationsmächten erzielt ist.“ Mit derselben Entschlossenheit weisen die Bergarbeiter die französische Forderung zurück, daß der passive Widerstand aufgegeben werden müsse, bevor an Unterhandlungen gedacht werden könne. Für das Aufhören des Widerstandes wird die Freilassung der Gefangenen und die Rückkehr der Ausgewiesenen zur Bedingung gemacht. Diese Kundgebung, die sich der vor einigen Tagen gemeldeten Kundgebung der Eisenbahngewerkschaft würdig anreihet, ist die dringlichste Antwort auf die französischen Forderungen.

Ein Pariser Lob des Racheurteils.

Paris, 10. Mai. Während die Pariser Presse sich bis jetzt damit begnügt, tendenziöse, Berichte ihrer Sonderkorrespondenten über den Prozeß in Werden wiederzugeben, findet heute ein Blatt den Mut, die politischen Motive der Urteilsprüche offen einzusetzen. Es handelt sich um den Gaulois, der in seinem Leitartikel schreibt, der Charakter der Deutschen sei genügend bekannt, um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß sie nur für eine Politik der Energie empfänglich seien. Daher sei man in Werden geschickt vorgegangen. Dadurch, daß die Franzosen Krupp von 15 Jahren Gefängnis verurteilten, hätten sie den Nagel auf den Kopf getroffen. Das Blatt hofft, daß diese ernste Warnung der Bevölkerung im Ruhrgebiet und in den Rheinlanden die Augen öffnen werde. Je mehr Frankreich gefährdet werde, umso stärker werde es sein und umso mehr beschleunige es die Lösung, nämlich die Unterwerfung Deutschlands unter den Willen der Sieger.

Polnische Verhöhnungen zum Krupp-Urteil.

Warschau, 11. Mai. Es versteht sich fast von selbst, daß die hiesige Presse mit dem Ausgang des Krupp-Prozesses überaus zufrieden ist. Der liberale Kurier, der heute von der durch das Volksbüro ausgegebenen amtlichen Erklärung spricht, die an Frankreichs Adresse Ausdrücke richtete, die in den Spalten außerdeutscher Zeitungen nicht wiederzugeben seien, vergießt bittere Tränen über die deutsche Regierung, die, anstatt den ihr (von Frankreich) erteilten Ratschläge nachzugeben, jede Möglichkeit, der drohenden Katastrophe zu entgehen, abzuschneiden, während von rechts die Ritsch Polopolka höhnt: Was hat Krupp getan? Ah, nur eine dumme Kleinigkeit. Im Einverständnis mit der Berliner Regierung führte und finanzierte er eine Aktion durch, die das planmäßige Hinmorden der im besetzten Gebiet befindlichen französischen Truppen zum Zweck hatte. Gazetta Warszawska bemerkt die Gelegenheit, wieder einmal die Verlängerung und Verstärkung der antideutschen Mauer zu

fordern, gegen ein Land das, wie die Zeitung sich ausdrückt, noch heutigen Tages Inspirator aller gegen Polens Selbständigkeit gerichteten Aktionen ist.

Eine machtvolle Kundgebung.

Essen, 11. Mai. Die heutige Kundgebung der gesamten Essener Bevölkerung mit der sich das ganze Ruhrgebiet solidarisch fühlt, nahm einen wahrhaft erhebenden Verlauf und zeigte den einheitlichen unbedingten Willen der Bevölkerung. Wie eine Herausforderung wurde es empfunden, daß in dem Augenblick, als die Kruppischen Arbeiter die Fabrik verließen, ein französisches Auto mit höheren Offizieren sich den Weg durch die von Kruppischen Arbeitermassen dicht gefüllte Altendorfer Straße bahnte. Ebenso rasch, wie die Straßen sich füllten, leerten sie sich. Um 12 Uhr wurde auch der Straßenverkehr eingestellt. Von 12 bis 3 Uhr war außer einigen französischen Soldaten und französischen Autos kein Mensch auf der Straße zu sehen; kein einziger Betrieb arbeitete. Erst um 3 Uhr ab setzte der Verkehr langsam wieder ein. Um 4 Uhr riefen die Sirenen zu neuem Schaffen. Die aus dem Volk heraus geborene Kundgebung ist ein bedeutendes Zeichen dafür, daß deutscher Stolz nicht gewillt ist, sich fremder Herrschaft zu beugen.

Neue französische Schreckensurteile.

Das erste Todesurteil. — Lebenslängliche Zwangsarbeit.

Düsseldorf, 10. Mai. Vor dem französischen Kriegsgericht in Düsseldorf fand am Dienstag und Mittwoch eine Verhandlung statt gegen den Kaufmann Albert Leo Schlageter (Berlin), Kaufmann Hans Sadowsky (Essen), Student der Medizin Albert Becker (Meh), Schlosser Georg Werner (Pottum), Kaufmann Georg Zimmermann, Zeichner Brising (Essen), Ingenieur Karl Kulmann (Essen). Die Anklage wirft ihnen vor, im März und April 1923 im Ruhrgebiet gesammelte Verleugere und Schriftstücke an deutsche Behörden übermittelt, Anschläge gegen Personen der Besatzungstruppen, Beamten der Alliierten oder von ihnen abhängige Personen verübt, ferner im März an der Bahn Hügel-Essen, im April in Werden-Kettwig vorzüglich Bahnkörper durch Sprengstoff zerstört, beschädigt oder zu beschädigen versucht zu haben. Ein weiterer Anklagepunkt betrifft die Erschießung des Kommunisten und französischen Spitzels Sinder in Essen, der angeblich von Sadowsky vor dem Polizeipräsidenten in Essen erschossen worden sein soll. Die Anklage nimmt an, daß die Sabotage-Organisation im Ruhrgebiet mit den Abgeordneten Wulle und v. Graefe in Verbindung gestanden und von dort Weisungen erhalten hat. Geldliche Unterstützung sei ihnen vom Grafen Bessel, der in der Hauptverwaltung von Krupp angestellt sei, gewährt worden. Das Urteil wurde gestern nachmittag gefällt. Es wurden verurteilt: Schlageter wegen angeblicher Spionage und Sabotage zum Tode, Sadowsky zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, Becker wegen verbrecherischen Komplotts, Spionage und Sabotage zu 20 Jahren Zwangsarbeit, Brising wegen Spionage zu fünf Jahren Gefängnis, Kulmann zu sieben Jahren Gefängnis und Zimmermann zu zehn Jahren Gefängnis. Wegen Sadowsky wird wegen der angeblichen Erschießung Sinders noch später verhandelt werden.

Unter der Fremdherrschaft.

Eine französische Kompagnie an der Schillerstraße in Mannheim. Mannheim, 12. Mai. Heute mittag gegen 1/2 Uhr marschierte, von der Rheinbrücke kommend, französisches Militär in der Stärke einer kriegstarken Kompagnie mit Feldküche und Bagagewagen am Hauptbahnhof Mannheim vorbei die Friedrichstraße entlang. Die Truppen marschierten bis zur Schillerstraße am Neckarauer Uebergang, wo sie Halt machten. Der Zweck des Einsatzes war bis Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Etwas später hören wir, daß die Truppen an der Schillerstraße gegenüber der Fabrik Bögele (am Neckarauer Uebergang) das Gepäck abgelegt haben und dort offenbar weitere Weisungen abwarten. Das Bild der Straßen veränderte sich nicht, die Bevölkerung beachtete die Truppen kaum und ging ruhig ihres Weges weiter.

Täglich neue Uebergänge der Franzosen in Mannheim.

Mannheim, 11. Mai. Die Franzosen haben hier zwei deutsche Polizeibeamte in Zivil an der Grenze des besetzten Gebietes bei Ausübung ihres Dienstes verhaftet und ins Gefängnis nach Ludwigshafen eingeliefert. Auf der Wache wurde der eine Beamte mit seinem Gummiknüppel vor einem französischen Offizier mißhandelt. Die Verhaftung ist wegen „Umgehung der französischen Grenzvorkehrung“ erfolgt. Ferner wurde ein weiterer Beamter an der Grenze des besetzten Gebietes von

8 bis 10 französischen Soldaten überfallen, durchsucht, festgenommen und abtransportiert. Der französische Offizier erklärte dem Beamten, er sei von seinen eigenen Landsleuten verraten worden. — Auf der Polizeiwache Uhlandschule, die im unbefestigten Gebiet liegt, erschien ein französischer Feldwebel mit sechs Bewaffneten und meldete, daß der französische Posten an der Friedrichsbrücke öfters mit Steinen beworfen werde. Dabei ist nicht festgestellt, ob die Steine von deutscher Seite geworfen wurden, zumal kürzlich einwandfrei festgestellt worden ist, daß es Franzosen waren, die ihre Posten mit Steinen beworfen haben.

Erweiterung der Besetzungzone bei Karlsruhe.

Einem Karlsruher Privattelegramm zufolge ist heute früh in der Honkeltstraße im Stadtteil Mühlburg, Ecke Kirchenstraße, eine Postenkette mit einem Unteroffizier und acht Mann aufgezogen. Nach der Erklärung eines französischen Offiziers soll jetzt das besetzte Gebiet bis zur Strecke Mühlburg-Knielingen einschließlicg reichen. Der Bahnhof Mühlburg ist zur Zeit nicht besetzt. — Heute morgen um 1/2 Uhr wurde bei der Wirtschaft „zum Anker“ in Mühlburg (bei Karlsruhe) ein Polizeimachtmeyer von den Franzosen verhaftet. Er wurde vor den französischen Kommandanten im Bootshaus des Rudervereins verbracht. Der Kommandant erklärte, die Polizei dürfe nur noch im besetzten Gebiet verkehren, wenn sie sich den Befehlen der Besatzungsbehörde unterwerfe.

Bevorstehende Ausweisung von Frau Krupp?

Essen, 12. Mai. Wie man hört, soll Frau Bertha Krupp heute der Befehl zugegangen sein, binnen 4 Tagen die Villa Hügel zu räumen. Eine Bestätigung dieser Nachricht war bis jetzt nicht zu erlangen. Die Villa Hügel war schon bisher zur Hälfte von französischen Offizieren usw., auch von dem Kommandeur der 77. Division, General Jacquemont, belegt. Frau Bertha Krupp hat sich in der letzten Zeit überhaupt nicht in Villa Hügel aufgehalten und ist nur in den letzten Tagen anlässlich des Kriegsgerichtsverfahrens in Werden nach hier gekommen.

Eine große Schienensprengung.

Essen, 12. Mai. Eine außerordentlich umfangreiche Sprengung hat sich gestern Nacht auf der Strecke Bottrop-Dortfeld in der Nähe des Rhein-Herne-Kanals ereignet. Die Detonation war so gewaltig, daß teilweise in dem 6 Kilometer entfernten Essen die Fenster Scheiben zersplitterten. An der Sprengstelle liegt die Hauptstrecke Wanne-Duisburg mit den militärischen Nebenstrecken. Durch die Sprengung ist die wichtigste Linie für den Kohlentransport nach den Ruhrhäfen unterbrochen. Es bleibt den Franzosen jetzt nur noch eine Verbindung. General Degoutte hat eine neue Verordnung erlassen, wonach der Bahnzwang auch für das neu besetzte Gebiet in Wirksamkeit tritt. Für die Einreise aus dem unbefestigten besetzten Gebiet gilt die Verordnung vom 15. Mai an, für die Ausreise aus dem besetzten Gebiet vom 20. Mai an.

Ein Zug in den Rhein gestürzt.

Koblenz, 10. Mai. Aus St. Goarshausen eingetroffene Reisende berichten einer Blättermeldung zufolge, daß ein von den Franzosen geführter Zug in den Rhein gestürzt sei. Bisher seien 29 Tote geborgen. Die Franzosen hätten die Umgebung abgesperrt, um nichts über den Vorfall bekannt werden zu lassen.

Ein sizilianischer Bischof über die französische Rheinpolitik.

Der Römische Erzbischof Dr. Scaule erhielt kürzlich ein Schreiben des Bischofs Flandaca aus Cattin in Sizilien, in dem es heißt: Wir Sizilianer verfolgen mit größter Interesse die Ereignisse im großen Deutschen Reich und nehmen Anteil an den Leiden des katholischen Rheinlandes. Wir Söhne des Meeres und Bewohner des Landes der sizilianischen Vespere verstehen die Erbitterung gegen Frankreich. Wenn dieses Land Verdienste gehabt hat, so sind diese heute jedenfalls von seinem Vorgehen verdunkelt. Unter dem Vorgehen, das Recht hoch zu halten, tritt es daselbst mit Füßen. Als zivilisiertes Volk protestieren wir gegen den Siegerübermut eines Volkes, das diesen Sieg niemals ohne Hilfe anderer gewonnen haben würde.

Der Terror der Völkerverordnung an der Saar.

London, 11. Mai. Die Saarregierung die an der Saar im Auftrag des Völkerbundes (sprich Völkerunterdrückungsbundes, D. Red.) amtiert, hat durch eine Verordnung jede öffentliche Kritik am Völkerbund mit schwerer Strafe bedroht. Die rechtswidrige Maßnahme wurde gestern im englischen Parlament durch den Abgeordneten Simon zur Sprache gebracht. Simon nannte diese Verordnung der Saarregierung einen Mißbrauch ihrer Rechte, wie sie durch den Friedensvertrag umgrenzt werden. Das Saargebiet sei in jedem Sinne deutsch. Das Verhalten der Saarregierung mache den Völkerbund lächerlich und mache es Deutschland und jedem andern Land unmöglich, daran zu glauben, bei Behandlung einer inter-

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

22) Da laa noch der unendete Brief an Almida; die letzten Augenblicke des Verbliebenen hatten der Fürsorge um sein geliebtes Kind gegolten. Nach kurzem Zögern las Franz das Schreiben. Es strömte über von Güte und Bärtlichkeit für die Tochter, aber von dem Testament und von seinem Willen, Almida als Universalerin einzusetzen, hatte Herr Harnisch noch nichts geschrieben. Befriedigt nickte Franz vor sich hin. Alles hatte sich zu seinen Gunsten gefügt. Hoffentlich war keine zweite Niederschrift des Testaments vorhanden, die alle seine Aussichten vereitelte hätte. Wenn sich noch irgendein zufälliger Zufall ihm alles streitig machte, so war er nun der alleinige Erbe, der Besitzer von Millionen. Ein frohlockendes Lächeln glitt über sein Gesicht, das jedoch erstarrete, als sein Blick auf den Toten fiel. Die auf schwarzem Sockel ruhende Stuhuhf auf dem Kamin verkündete mit silberhellen Schlägen die zwölfte Stunde. Franz fuhr zusammen, ein fahler Schein zuckte über sein Gesicht. Er wandte sich zum Gehen. Hier konnte alles bleiben, wie es war. Der Diener würde der erste sein, welcher seinen Herrn fand. Das würde ein Aufruf werden! Geräuschlos schlich Franz nach seinem eigenen Zimmer. Erst als er den Riegel vorgeschoben hatte, atmete er auf. Als ein armseliger Tropf hatte er diesen Raum verlassen, als Besitzer von Millionen betrat er ihn wieder. Keine Ahnung hatte ihm vorher verraten, daß sich so mühelos alles zu seinen Gunsten wenden könne. Und wie angenehm, daß er nicht erst in Feindseligkeiten mit seinem Heime geraten, daß es nicht erst zu einem Bruch zwischen ihnen gekommen war! Er mußte jetzt, trotzdem des furchtbaren Grauens, das der Tod in ihm geweckt, nicht von ihm wich, zu schlafen versuchen, damit er am Morgen nicht gar zu verwüstet aussah.

Er entledigte sich seines Rockes, dabei knisterte der Umschlag der das Testament enthielt. Er wäre jetzt außerstande gewesen, es zu lesen, er mochte es hier auch nicht vernichten. Das geschah besser in seiner eigenen Wohnung. So verbarz er das Testament in einer Kommode unter Wäschebüchern, schloß ab und steckte den Schlüssel ein. Trotz des Grauens, das seine Adern durchrieselte, wagte er kein Licht zu machen. Er legte sich nieder, Frostschauer durchbeuteten ihn. Doch die erschöpfte Natur machte ihr Recht geltend. Er versank in einen unruhigen, von wirren Träumen gestörten Schlummer. 10. Kapitel. Almida wurde durch ein Plopfen an ihrer Tür geweckt. Salafranken richtete sie sich auf. Da hörte sie die Stimme der Frau von Herbst: „Dein Vater ist schwer erkrankt, Kind, Du mußt schnell kommen!“ Der Schreck fuhr dem jungen Mädchen in die Glieder. O Gott, ein solches Erwachen hatte sie seit Monaten gefürchtet. Die Hände versagten ihr fast den Dienst, als sie notdürftig das Haar aufsteckte und den Morgenrock überwarf. Frau von Herbst stand noch vor ihrer Tür. „Mach doch auf, Kind!“ Almida öffnete, prallte jedoch, von einer unheilvollen Ahnung gepackt, zurück, als sie in das verstörte Gesicht der mitterlächlichen Freundin sah. „Um Gottes willen, was ist geschehen, liebe Tante — der Papa —?“ „Fasse Dich, mein armes Kind. Dieser Tag bringt Dir schweres Leid! Aber vertraue fest dem dort oben, der die Witwen und Waisen nicht verläßt. Nach dieser harten Prüfungszeit werden auch für Dich wieder schöne, glückliche Tage kommen. Und Du bist nicht ganz verlassen, Lieblich, Du hast mich, Deine beste, aufrichtige Freundin.“ Almida konnte den Sinn dieser Worte ja nicht verstehen. Mit sanfter Ungebild, schreckensbleich, befreite sie sich aus den Armen der Dame, deren Worte so gemeint waren, wie sie gesprochen wurden, denn Frau von Herbst hatte viel Schweres durchlitten und doch niemals den Mut sinken lassen.

„Was ist mit meinem geliebten Papa?“ rief Almida hinaus-eilend, „ich muß zu ihm!“ Frau von Herbst zog sie ins Zimmer zurück. „Fasse Dich, Lieblich, er hat einen sanften, schmerzlosen Tod gehabt, das mag Dich trösten in all Deinem Leid!“ „Papa! Papa!“ Wehklagend riß Almida sich los und eilte nach ihres Vaters Schlafzimmer hinunter. Dort hatten sie den Toten auf sein Bett gelegt. Der Arzt hatte soeben die Untersuchung beendet. „Der Tod muß schon um Mitternacht eingetreten sein“, sagte er, „Herzschlag, der Kampf kann höchstens Minuten gedauert haben.“ „Hätte ich doch nur eine Ahnung gehabt!“ jammerte Frau von Herbst, „nach zehn Uhr kam Herr Harnisch von der Bahn zurück und ist dann noch einmal ausgefahren. Inzwischen bin ich zu Bett gegangen. Er ließ sich des Abends nicht gern fördern, daher ging keiner zu ihm hinein. Das Ende muß übrigens sehr plötzlich gekommen sein, denn Fritz hat seinem Herrn noch den Mantel abgenommen und nichts Auffälliges an ihm bemerkt. Ein leidendes Aussehen hatte Herr Harnisch ja schon seit längerer Zeit.“ „Dieses Ende war voraussehen, gnädige Frau, doch so schnell hatte auch ich nicht damit gerechnet. Es müssen Herrn Harnisch schwere Erschütterungen heimgefunden haben. Anders vermag ich mir den plötzlichen Tod desselben nicht zu erklären.“ Almidas Ohr fing nur die letzten Worte auf, und weher, tröstloser wurde ihr Schluchzen. Trug sie vielleicht gar die Schuld? War sie nicht fastungslos über Huberts Abreise gewesen und hatte durch ihre Tränen, durch ihren unbeherrschten Jammer dem Vater schwer zu schaffen gemacht? „O lieber, lieber einziger Papa!“ Sie konnte es nicht fassen, daß er ihr genommen war, der sie gestern noch so lieblich geströht, ihr die Freuden eines bräutlichen Glückes ausgemalt hatte! Sie legte das tränenüberströmte Gesicht gegen die geliebte Hand, die nun schon vollständig erkaltet war und bis vor wenigen Stunden noch ihr Leben beschirmte.

nationalen Frage durch den Völkerbund Gerechtigkeit zu finden. Der Unterrichtsminister im englischen Kabinett Wood, der Vertreter Englands im Völkerbund, erwiderte dem Abg. Simon und verteidigte die Maßnahmen der Saarregierung ohne jedoch in der Lage zu sein, die Rechtmäßigkeit der angegriffenen Verordnung nachzuweisen. Er begnügt sich damit, sich auf die Gutachten seiner Rechtsberater zu berufen.

Das deutsche Rote Kreuz im Ruhrgebiet.

Der Präsident des deutschen Roten Kreuzes, Hr. v. Winterfeldt, hat, wie schon erwähnt, eine mehrtägige Reise in das Ruhr- und Rheingebiet unternommen. Die ersten Tage gaben Gelegenheit, in Dortmund, Bochum und Essen mit maßgeblichen Vertretern der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege in Besprechungen einzutreten. Ferner wurden von dem Präsidenten die Gefängnisse Castrop, sowie das Zuchthaus und das Amtsgerichtsgefängnis in Werden aufgesucht, wobei den Gefangenen Gelegenheit gegeben war, ausführlich ihre Anliegen vorzubringen. Bei dem Besuch der Zellen wurden u. a. die inhaftierten Kruppdirektoren und der kurz zuvor in Haft genommene Hr. Krupp v. Bohlen zwanglos gesprochen. Besondere Wünsche der Gefangenen wurden zumeist noch in Gegenwart des Präsidenten des deutschen Roten Kreuzes erfüllt. Auch den in Werden festgehaltenen Geiseln konnten Grüße überbracht werden. Die Stimmung der Gefangenen zeugte allgemein von mannhafter Entschlossenheit zur Erduldung ihres ungemessenen Loses. Die fremdländischen Besatzungsbehörden haben dem Besuch des Präsidenten des deutschen Roten Kreuzes bisher keine Hindernisse in den Weg gelegt. Die Fortsetzung der Reise wird von den Verkehrsverhältnissen abhängen. Eine ernste Sorge bildet gegenwärtig die Fürsorge für die nach Belviers abtransportierten Gefangenen, die das deutsche Rote Kreuz schnellstens zu regeln bemüht sein wird.

Ein Ueberfall auf Caillaux.

Paris, 11. Mai. Der frühere Ministerpräsident Caillaux wurde gestern in Toulouse von politischen Attentätern überfallen und schwer mißhandelt. Er mußte ins Krankenhaus transportiert werden. Sein Leben ist nicht gefährdet. Auch die Begleiter von Caillaux wurden mißhandelt. Aus den Meldungen der Pariser Presse über den Ueberfall auf Caillaux geht hervor, daß die Angreifer Monarchisten, sogenannte Camelots du Roi waren. Die Verletzungen Caillaux' sind nicht gefährlich, doch hatte ein starker Stockschlag auf den oberen rechten Teil des Kopfes großen Blutverlust zur Folge. Caillaux bekam sofort eine Einprägung von Starchampferum. Auch seine Begleiter wurden verletzt und sofort in ärztliche Behandlung genommen.

Trotsky gibt die Hoffnung nicht auf.

Aus Moskau wird eine Rede mitgeteilt, die Trotsky am 26. April vor dem Kommandanten der Roten Armee gehalten hat: „Rusland hat heute die zahlreichste Armee der Welt. Dieses Heer muß aber nun in Disziplin, Bewaffnung, Ausrüstung und hauptsächlich an Geist das mächtigste werden. Der Kampf fängt erst an, und die russische Revolution war nur der Auftakt. Benutzen wir den augenblicklichen Frieden, um den Bürgerlichen das Gute abzusehen und schalten wir unsere schlechten Seiten aus. Was morgen kommen wird, läßt sich nicht absehen. Der Versailler Vertrag hat Europa zu einem Pulverhaufen gemacht, der von einem Augenblick zum anderen aufleihen kann. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß die Stunde kommen wird, wo das russische Heer, Vorposten der Weltrevolution, durch ganz Europa seine Fahnen führen wird.“

Militarismus und Arbeitermangel in Frankreich.

Die französischen Konsulate und Missionen in Polen und der Tschechoslowakei werben Arbeiter, besonders Bergleute zur Arbeit in Frankreich. Es wird ein sehr hoher Lohn und freie und gute Unterkunft versprochen. So wird in Polnisch-Oberschlesien ein Bericht des Wohnungsausschusses des Verbandes französischer Grubenverarbeiter veröffentlicht, in dem den fremden anzuwerbenden Grubenarbeitern geradezu das Paradies versprochen wird. Es ist ersichtlich, wie Frankreich auf einmal für die Landfremden ein soziales Herz entdeckt hat, von dem die eigenen Arbeiterkategorien so wenig verspüren. Der Bedarf an Arbeitern und Bergleuten in Frankreich ist im Augenblick aber so groß, daß er kaum befriedigt werden kann. Aus Polen werden allwöchentlich größere Transporte nach Frankreich geführt. Am 11. April ging ein solcher Arbeiterttransport über Danzig nach Frankreich, denen am 13., am 20. und 24. April bereits weitere folgten. Der Bedarf Frankreichs ist aber noch lange nicht befriedigt, die Werbungen in Polen wie auch der Tschechoslowakei werden von den Franzosen mit allen Mitteln und Verprechungen betrieben.

Wir führen die Tätigkeit der französischen Mission in einer einzigen Stadt, in Mysłowiz, deshalb besonders an, um an diesem Beispiel zu zeigen, wie groß der Arbeitermangel in Frankreich sein muß. Wir fügen dazu den Bericht aus einer Versammlung der „Federation des Industriels et des Commerçants Français“, die vor kurzem in Paris zur Lösung dieser Frage des Arbeitermangels tagte. Nach diesem Bericht tritt der Mangel an Arbeitskräften am stärksten in Erscheinung in der Schuh- und Lederindustrie, der Textilindustrie, der Landwirtschaft und in den französischen Gruben. Wir greifen die Textilindustrie heraus. Sie ist im Bezirk Lille-Rouvray-Laurozing, also im ehemaligen Kriegsgebiet, gegenwärtig zu 90 Prozent ihres Vorkriegsstandes wieder betriebsfähig. Sie kann aber in den Spinnereien nur 50 bis 70 Prozent der Vorkriegsleistung, in den Webereien nur bis zu 60 Prozent aufbringen, einfach, weil die erforderlichen Arbeiter nicht vorhanden sind. In dieser Sitzung erklärte der Vorsitzende der Vereinigung französischer Landwirte, die Zulassung ausländischer Arbeiter sei unvermeidlich, um nur einigermaßen die gegenwärtige Krise zu überwinden.

Auch über die Gründe dieses in fast allen Wirtschaftszweigen bestehenden Mangels an Arbeitskräften wurde diskutiert. Man gab den Kriegsverlust an Menschen die Schuld, der rückläufigen Bewegung der Geburten und der Erweiterung der französischen Industrien. Aber man hütete sich wohlweislich, an die Hauptursache zu rühren, an den französischen Militarismus. Frankreich hält dauernd 800 000 Mann der leistungsfähigsten Altersklassen unter den Fahnen, und das bei einer Gesamtbevölkerung von nur etwas über 40 Millionen. Würde es nur die Hälfte dieser 800 000 Mann produktiver Arbeit zuführen, es wäre kein Arbeitermangel in Frankreich. Die französische Industrie braucht nicht in Polen, der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und Italien monatlich tausende von fremden Arbeitern anzupacken. Sie brauchte nicht Millionen für den Bau von ganzen Häuserreihen für diese Einwanderer aufzubringen.

Und wozu braucht Frankreich dieses 800 000-Mann-Heer? Es sabotiert den Frieden und den Wiederaufbau Europas, es legt im Ruhr- und Rheingebiet die deutsche Wirtschaft lahm, führt eine Politik der Zerstörung. Und die Kosten dieser Zer-

störungspolitik muß — Deutschland tragen. Mehr als ein Viertel der französischen Armee steht heute auf deutschem Boden. Mehr als 5 Milliarden Goldmark hat der Besatzungswahnsinn am Rhein schon gekostet. Das Heer schmarozt, faulenz und für die Arbeit in Frankreich müssen fremde Arbeiter importiert werden. Wie lange soll dieser Irrsinn noch währen: auf der einen Seite 800 000 Mann unter den Waffen, auf der anderen Seite Arbeitermangel!

Die bayerische Notverordnung.

In der bereits erwähnten bayerischen Verordnung werden schwere Strafen angedroht jedem, der in Friedenszeiten einer feindlichen Macht, die zu Besetzungen und zu weiterem geschritten ist, Vorschub leistet. Versammlungen und öffentliche Aufzüge werden im Interesse der Ruhe und Sicherheit von der behördlichen Zustimmung abhängig gemacht. Plakate, Flugblätter, auch solche, die Versammlungen ankündigen, unterliegen der Zensur. Die bestehenden Strafvorschriften für Uebertretungen werden erweitert. In loser Anlehnung an das Gesetz zum Schutz der Republik wird jede Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen usw. unter Strafe gestellt. Vereinigungen, deren Führer gegen den § 127 des Strafgesetzbuches verstößen, können aufgelöst werden. Alle Versuche, aufgelöste Vereinigungen gewissermaßen auf dem Schleichweg neu aufzubauen, streng geahndet werden. Strafmaßnahmen gegen Zeitungen und periodische Druckschriften werden aufgeführt, die sich gegen die einzelnen Bestimmungen der Verordnung vergehen. Die Aburteilung untersteht der Zuständigkeit des Volksgerichts. In ihrem gleichzeitigen Aufruf an die bayerische Bevölkerung weist die Staatsregierung darauf hin, daß dem Bestand und der Sicherheit des Staats von zwei Seiten Gefahr drohe, einmal von der linksradikalen kommunistischen Flanke und das andere mal von jenen Selbstschußverbänden, die offenen Widerstand gegen die Staatsgewalt betreiben. Die Dinge müssen in Bayern schon ziemlich bedrohlich liegen, da die Regierung jetzt auf einmal so mit der geharnischten Faust auf den Tisch schlägt.

Angestelltenstreik in Berlin.

Berlin, 11. Mai. Bei den Großfirmen des Berliner Einzelhandels und bei einer Reihe mittlerer und kleinerer Firmen sind heute die kaufmännischen Angestellten in den Streik getreten, da sie sich mit den Arbeitgebern nicht über eine nachträgliche Erhöhung der Aprilgehälter einigen konnten. Heute nachmittag findet beim Demobilmachungskommissar eine Sitzung statt, in der es vielleicht zur Einigung kommt, da die Arbeitgeber bereit sind, sofort über höhere Mai-Gehälter zu verhandeln.

Die Erinnerungsfeier an die erste deutsche Nationalversammlung.

Frankfurt a. M., 11. Mai. Für die Erinnerungsfeier an die erste deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche macht sich allgemein großes Interesse geltend. Wie wir hören, wird u. a. der Deutsche Reichstag mit 40 Mitgliedern, der Hessische Landtag mit 35 Mitgliedern am 18. Mai in Frankfurt vertreten sein. Aus Wien haben bisher 10 politische Persönlichkeiten ihr Erscheinen zugesagt. Sie werden vermutlich unter Führung des deutschen Gesandten in Wien Dr. Pfeiffer eintreffen. Die Namen der Vertreter der Reichs- und Landesregierungen, die mit dem Reichspräsidenten nach Frankfurt kommen, werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Von den Nachkommen der alten Achtundvierziger wird u. a. der Sohn des ehemaligen Präsidenten der Nationalversammlung Heinrich von Gagern, Geheimrat von Gagern, den Veranstaltungen beiwohnen.

Mitgliederzählung der sozialistischen Gewerkschaften.

Nach dem Krieg hat die Gewerkschaftsbewegung fast aller Länder einen mächtigen Aufschwung genommen. Die Mitgliederzahlen erreichten eine bis dahin unbekannt hohe Höhe. Nach einer in den „Sozialistischen Monatsheften“ gegebenen Uebersicht ist die Mitgliederzahl der deutschen sozialistischen, sogenannten „freien“ Gewerkschaften in den ersten neun Monaten des Jahres 1922 aber bereits erheblich, und zwar von 8 135 620 auf 7 863 961 zurückgegangen. In England sank die Mitgliederzahl der Landeszentrale angeführten Gewerkschaften von 6 505 000 Ende 1920 auf 5 127 000 Ende 1922. Besonders groß ist der Rückgang der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. Dort zählten die Gewerkschaften Mitte 1920 rund 2 Millionen Mitglieder; Ende 1921 nur noch etwa 900 000. Der französische Gewerkschaftsbund zählte im Durchschnitt der ersten neun Monate vorigen Jahres nur noch 403 000 Mitglieder. Die sozialistischen Gewerkschaften der Schweiz verringerten im Jahre 1921 ihre Mitgliederzahl von 223 572 auf 197 391. Im Gegensatz dazu hat in Deutschland die christlich-nationale Arbeiterbewegung nicht nur ihren Besitz standhalten, sondern in einzelnen Verbänden wesentlich zunehmen können. Besonders die christlich-nationale Angestelltenbewegung hat hauptsächlich auf Kosten der sozialistischen eine sehr stark Zunahme erfahren, so daß der nach der Revolution auch im Angestelltenlager allerdings nur ein paar Monate lang vorhanden gewesene sozialistische Einfluß längst wieder fast vollständig beseitigt werden konnte.

Was wird aus der deutschen Mark?

Das plötzliche Emporschnellen des Dollarkurses Mitte April hat neue Beunruhigung in unser Volk getragen. Es gibt niemanden, der nicht vom Steigen des Dollarkurses — oder was dasselbe ist, vom Sinken des Markkurses — in irgendeiner Weise betroffen würde. Der Produzent in Gewerbe und Landwirtschaft hat ausländische Rohstoffe und Materialien nach dem Dollarkurs zu bezahlen, der Kaufmann ist für Ein- und Ausfuhr vom Wertverhältnis der Mark zum ausländischen Edelmetall abhängig, und der Verbraucher sieht seine Lebenshaltungskosten steigen, wenn der Dollarkurs seine Kasse nach oben forst. Wie bei so vielen Leiden ist die Furcht vor der Krankheit fast ebenso verhängnisvoll, wie die Krankheit selbst. Aus Angst vor einer weiteren Entwertung unseres Papiergeldes suchen die Händler ihre Waren zurückzuhalten oder doch eine Preiserhöhung vorzunehmen, um gegen spätere Möglichkeiten gewappnet zu sein. Ueber die Einflüsse, die auf den Geldkurs einwirken, sind im Publikum vielfach sehr törichte und überspannte Meinungen verbreitet.

Das Herabsinken des Dollarkurses von 50 000 auf 20 000 Mark in der ersten Hälfte Februar war auf Einwirkungen der Reichsbank zurückzuführen, die an den deutschen Börsen während dieser zwei Wochen ein reichliches Angebot an fremden Zahlungsmitteln unterhielt und dadurch den Dollarkurs herabdrückte. Diese Methode ist im Laufe der folgenden zwei Monate immer kostspieliger geworden, so daß schließlich täglich für viele hundert Millionen Papiermark ausländische Zahlungsmittel bereitgestellt werden mußten, um den Bedarf — und zwar den gerechtfertigten wie den ungerechtfertigten — zu decken. Darum beschloß das Reichsfinanzministerium und Reichsbankdirektorium, eine neue Methode anzuwenden. Sie ließen der Spekulation, welche den Dollarkurs immer weiter in die

Höhe treiben möchte, ein paar Tage freie Hand. Der Dollarkurs hob sich von 20 000 auf über 30 000 Mark und wäre wohl auch noch weiter gestiegen, wenn die Reichsbank nicht mit folgenschweren Ankündigungen hervorgetreten wäre. Sie kündigte eine Regierungsverordnung an, durch welche alle Besitzer von Auslandsgeld verpflichtet würden, zu einem noch zu bestimmenden Stichtag ihre Dollar-, Gulden-, Franken- und andere Devisenbestände anzugeben. Ist auf diese Weise einmal der Devisenbestand des Publikums festgestellt, so kann das Reich im Falle der Not Beschläagnahmen durchführen und auch eine Vermehrung der Devisenbestände zu spekulativen Zwecken unter Strafe stellen. Die Reichsbank wird nicht mehr die Kurse für fremdes Geld unter gleichmäßigen Druck nehmen, sondern zur gegebenen Zeit mit einem plötzlichen starken Angebot hervortreten und so die Kurse plötzlich nach unten werfen. Das würde für alle diejenigen, welche nicht zu normalen Einkäufen, sondern lediglich zu Hortstzewezwecken fremdes Edelmetall aufkaufen, schwere Verluste bedeuten. Die Folge ist dann auch die gewesen, daß die Spekulation sich sehr zurückzieht, und daß der Dollarkurs — auch ohne dauerndes gleichmäßiges Einwirken der Reichsbank — den Stand von ungefähr 30 000 Papiermark beibehielt. — An sich müßte ja die dauernde starke Vermehrung des Geldumlaufes (um rund eine halbe Billion jede Woche!) zu einer weiteren Entwertung der Mark führen. Sobald aber ausländische Finanzkräfte sich zur Mitwirkung an der Lösung der Reparationsfrage entschließen, ändert sich das Bild von Grund auf: Die großen internationalen Geldgeber werden sich von der Börsenspekulation zweifellos nicht ihre Werte ruinieren, d. h. die Deutschland gewährten Kredite entwerten lassen. Eine dauernde Festigung und Gefundung des deutschen Geldwertes kann aber erst dann eintreten, wenn sich unsere Produktion auf den Stand hebt, daß wir davon unsere laufenden Bedürfnisse bestreiten und das vom Ausland zu leihende Geld verzinsen und tilgen können. Das Schicksal unserer Mark wird das gleiche sein wie das Schicksal unseres Reiches und unseres Volkes!

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 12. Mai. (Obstbauverein.) Der Obstbauverein hielt am 6. Mai im „Löwen“ in Sinsheim seine Generalversammlung ab. Der Vorstand, Oberlehrer Bach begrüßte die Erschienenen, insbesondere die Vorsitzenden der Obstbauvereine Heidelberg, Rappenaun, Eppingen und den Obstbauinspektor Brucker (Heidelberg). Nach einem Rückblick auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands erlatete der Redner, Fabrikant Wengenroth (Reihen) den Rassenbericht. Dann hielt Obstbauinspektor Brucker einen interessanten Vortrag über „Beachtenswertes über Reformen in Obstbauvereinigungen und im Obstabfab“. Er hob besonders hervor, daß für die praktische Weiterentwicklung des Obstbaues es notwendig sei, daß selbständige Ortsvereine gegründet werden, die sich zu Bezirks- und Landesverbänden zusammenschließen müßten. Was den Absatz anbelangt, so verlangte er vor allen Dingen reelle Obstlieferung mehr einheitliche Sorten und direkte Lieferung vom Erzeuger zum Verbraucher bzw. durch Vermittlung des Reichsbundes zur Förderung des Obst- und Gemüsebaues. Die rege Diskussion brachte Klarheit über eine Menge gestellter Anfragen. Weiter wurde der Geldentwertung entsprechend der Mitgliedsbeitrag einmütig auf 1000 Mark erhöht. Die Mitgliederzahl beträgt 321.

Sinsheim, 12. Mai. (Das Hartgeld kommt.) Eine Verfügung der Oberpostdirektion läßt erwarten, daß nunmehr auch einige von den vorhandenen Hartgeldstücken unter das Publikum kommen. Die Verfügung lautet: Um eine möglichst schnelle Durchsetzung des Verkehrs mit Hartgeld zu erzielen, sollen sich die Kassen bei allen Zahlungen in größerem Umfange des Hartgeldes bedienen, das bei den Reichsbankstellen in ausreichenden Mengen bereitliegt und dort angefordert werden kann.

Sinsheim, 12. Mai. (Markenbrotgrenze.) Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft veröffentlicht eine Verordnung, wodurch die Bestimmungen über den Ausschluß der Wohlbemittelten vom Markenbrotbezug abgeändert werden. Nach der Verordnung vom 18. September 1922 konnte auch derjenige, der auf Grund seines Einkommens im Steuerjahr 1921 oder weil eine Steuerentlastung für 1921 nicht vorlag, vom Markenbrotbezug im laufenden Wirtschaftsjahr an und für sich ausgeschlossen war, die öffentliche Brotversorgung in Anspruch nehmen, wenn er nachwies, daß sein Einkommen im laufenden Wirtschaftsjahr das Vierfache des für 1921 als Grenze festgesetzten Einkommens nicht überstieg. Da seit dem Herbst des vorigen Jahres infolge der Markentwertung die Kosten der Lebenshaltung sich außerordentlich steigerten, wurde nunmehr statt dem Vierfachen das 75-fache festgesetzt. Eine weitere Bestimmung der neuen Verordnung stellt hinsichtlich der Frage, ob der Haushaltungsvorstand zum Bezug von Markenbrot berechtigt ist, auch die auswärtigen von ihm auf Grund gesetzlicher Verpflichtung unterhaltenen Personen den Haushaltsangehörigen gleich.

Sinsheim, 12. Mai. (Der heiße 7. Mai.) Es ist festgestellt, daß der vergangene Montag der heißste 7. Mai seit 1869 gewesen ist.

Rappenaun, 11. Mai. (Fahnenweih.) Die Weihe der neuen Fahne des hiesigen Militärvereins wird am Sonntag, den 24. Juni stattfinden. Die Feier wird in einfacher, schlichter Weise durch einen Weiheakt am Kriegerdenkmal vorgenommen werden.

Waldwimmertsbach, 11. Mai. (Unfall.) Das 1 1/2 Jahre alte Töchterchen des Untermüllers Alfred Zahn fiel in den Mühlkanal und ertrank.

Münchzell, 10. Mai. (Laubversteigerung.) Bei der in voriger Woche abgehaltenen Laubversteigerung wurden rund 324 000 Mark erzielt. Manche Einzellose brachten eine Einnahme von 9000—10 000 Mark. Der Anschlag betrug durchschnittlich 3000 Mark fürs Los.

Karlsruhe, 9. Mai. (Mord und Selbstmord.) — (Unfall.) Der verwitwete 38 Jahre alte Händler Karl Ruhn Schützenstraße 64, hat gestern nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr im Hardtwald etwa zwei Kilometer vom Schützenhaus zuerst seinen dreieinhalb Jahre alten Knaben und dann sich selbst mit einer Pistole vermutlich aus Lebensüberdruß erschossen. — Drei Schloffer waren am Montag an der Wolfshausener Brücke mit Auswecheln von Eisenträgern beschäftigt. Das Gerüst brach und alle drei Arbeiter stürzten in die Tiefe. Einer erlitt einen Brustwirbelbruch, einer einen Kreuzbeinbruch und der dritte nur Hautabwühlungen. Sämtliche Verunglückten fanden Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Offenburg, 12. Mai. (Unfall.) Bei der Unterführung von der Bahnhofstraße zur Rammersweierstraße ist ein 18 jähriges Mädchen verunglückt. Es hatte das Verbot, mit dem Rad zu fahren, nicht beachtet, konnte nicht genügend bremsen und wurde gegen die Mauer geschleudert. Die Verunglückte wurde ins Krankenhaus gebracht.

Altenbach, 11. Mai. (Weberfahren.) Unterhalb des hiesigen Ortes ereignete sich vor einigen Tagen ein schwerer Unfall. Fünf Fuhrleute aus Bensheim fuhren abends mit ihren beladenen Holzfuhrwerken die Talstraße hinab, dabei kam ein Fuhrwerk zu sehr ins Rollen, so daß es die Pferde nicht mehr anhalten konnten. Ein 15jährige Bursche wollte die Bremse anziehen, kam dabei unter das Hinterrad und wurde überfahren. Der Tod trat nach wenigen Minuten ein.

Freiburg, 11. Mai. (Schnee im Schwarzwald.) In der Nacht zum Freitag ist im Schwarzwald recht erheblicher Schneefall eingetreten, der sich bis auf 800 Meter herab erstreckte. Die Kälte ist durch Nordwestwind noch gesteigert, sie betrug bis zu drei Grad.

Freiburg, 10. Mai. (Leichenfund.) Der vor Weihnachten bei einer Skitour im Feldberggebiet verunglückte Student der Freiburger Universitäts, der seither verschollen war, ist jetzt bei Jastler Loch aufgefunden worden. Er hatte sich verirrt und erlitt den Tod durch Erfrieren.

Brennet (Baden), 12. Mai. (Wohnungsnot unter den Störchen.) Hier konnte man kürzlich einen interessanten Kampf der Störche beobachten. Wohnungssuchende fremde Störche griffen das hiesige Störchenest an. Dabei wurde der rechtmäßige Besitzer des Nestes in den Kamin hinabgeworfen aus dem er von mitleidigen Händen, schwarz wie ein Kaminfeger, herausgeholt wurde. Die wohnungssuchenden Störche waren aber inzwischen verschwunden.

Doggingen (Württ.), 12. Mai. (Wurstvergiftung.) Eine verhängnisvolle Fleisch- bzw. Wurstvergiftung ist hier vorgekommen. In der Wirtschaft und Metzgerei „Zum Schwanen“ wurde eine Kuh notgeschlachtet und von der Fleischschau das Fleisch freigegeben. Nach dem Genuß von Leberwürsten erkrankten 60 bis 70 Personen. Ein Kind ist schon gestorben; mehrere Erkrankte schweben noch in Lebensgefahr. In einer einzigen Familie liegen sechs Personen an der Wurstvergiftung darnieder.

Weersburg, 12. Mai. (Tödlich abgestürzt.) Ein im hiesigen Krankenhaus untergebrachter Dienstknecht stürzte anscheinend im Fieberwahn, in der Nacht aus dem Fenster des Krankenzimmers auf die Straße, wo er tot vom Plage getragen wurde.

Wolfstein (Pfalz), 12. Mai. (Selbstmord eines Sechzehnjährigen.) Aus Furcht vor Strafe hat sich der 16 Jahre alte Metzgerlehrling Otto Mühlbürger der Sohn eines Landwirts aus Einöllen an einem Baum in einem Wäldchen bei Einöllen erhängt. Um sich ein lustiges Leben zu machen,

hat der Lehrling in der letzten Zeit aus der Kasse seines Lehrherrn größere Beträge entwendet und auch andern Personen Geld gestohlen.

Nürnberg, 11. Mai. (Drei Nürnberg: r Sportsleute erfroren.) Drei alte Mitglieder des 1. Fußballklubs Nürnberg, Rehm, Berthold und Heinz Schmidt, unternahmen in der letzten Woche eine Bergtour in die Oetzaler Alpen. Die vom 1. F. C. Nürnberg zusammengestellte Expedition zur Aufsuchung der drei nicht zurückgekehrter Kameraden fand diese erfroren in den Alpen. Die Bergabstimmung fand in Gries bei Innsbruck unter zahlreicher Beteiligung von Nürnbergern statt.

Hamm (bei Gernsheim), 12. Mai. (Der Tod durch die Hosenknalle.) An einer Hosenknalle verletzte sich der Fuhrmann H. Schmitt, der seit langen Jahren die Fuhrerbindung zwischen Hamm und Gernsheim führte. Diese an sich so kleine Verletzung hatte schließlich den Tod des Mannes zur Folge.

Mainz, 12. Mai. (Der Neger in Zivilkleidung.) Wie die „Offenbacher Zeitung“ meldet, lief ein Neger auf der Straße herum, der nur mit einem Schurzfell bekleidet war. Zwei Schutzleute wollten den schwarzen Gefellen wegen Erregung öffentlichen Aergernisses festnehmen, fragten ihn aber zuerst, warum er in diesem Aufzuge durch die Straßen ginge, denn ein derartiges „naturvölkisches“ Auftreten sei in Deutschland nicht erlaubt. Da grinst der Neger über sein ganzes Gesicht, öffnete seine riesige Kehle, aus deren Höhlung ein weißes Papier zum Vorschein kam. Auf dem Papier stand zu lesen, unterstempelt von der französischen Militärkommandantur Mainz: „Der Neger Bambula hat Urlaub. Er ist berechtigt, Zivilkleidung zu tragen.“

Meuselbach (Thüringen), 12. Mai. (Furchtbarer Selbstmord.) Hier hat der Schuhmacher Reins, der auf dem Jahrmarkt wegen eines Diebstahls verhaftet werden sollte, Selbstmord verübt, indem er eine Sprengkapsel im Munde durch Zerbeißen zur Explosion brachte. Sein Kopf wurde vollständig auseinander gerissen.

Halle, 13. Mai. (Beraubter Güterzug.) Aus einem Güterzug der Strecke Halle - Nordhausen wurden nachts 20 Ballen Tuchstoffe im Wert von 30 Millionen Mark geworfen. Für die Wiederbeschaffung ist eine Belohnung von 3 Millionen Mark ausgesetzt.

Hamburg, 12. Mai. (55 Millionen Mark gestohlen.) In der Nacht zum 5. Mai entwendete ein Einerschlehdieb zwei Matrosen des holländischen Dampfers Salvo fremdes und deutsches Geld im Gesamtwert von 55 460 000 Mark - Auch ein Zeichen der Zeit, daß Matrosen im Besitz solch großer Geldmittel sind.

Lograto, 12. Mai. (Im Beichtstuhl ermordet.) Nach Zeitungsmeldungen hat in der Kirche der 30 Jahre alte Testa den Pfarrer Michael Minini im Beichtstuhl mit einem Messer erstochen. Auf die Hilferufe des Pfarrers war ein Hilfs-priester herbeigeeilt und hatte versucht, den Pfarrer zu befreien, erhielt aber selbst Messerstiche, indes der Pfarrer schon zu Tode verwundet war und kurz darnach starb. Testa gibt an, den Pfarrer ermordet zu haben, weil dieser ihm die Absolution verweigert hatte, nachdem Testa sich nicht bereit erklären wollte, ein verführtes und nachher verstorbenes Mädchen zu heiraten.

„Die Klugen und die Dummen.“ Aus dem Wortlaute der Rede, die der Bauernführer Raditsch am Sonntag in Agram vor den kroatischen Bauernmassen gehalten hat, sind auch seine Ansichten über die europäische Diplomatie und äußere Politik ersichtlich. Raditsch sagte dem „Berl. Tageblatt“ zu-folge: „Die europäische Diplomatie war nie so dumm und närrisch wie jetzt. Sie bestimmte unsere kroatischen Grenzen, ohne uns gefragt zu haben; wir sind aber doch zufrieden, weil wir Kroaten nie geeinigter waren als jetzt. Die Italiener sind vernünftig; sie sind geschickt, aber nicht klug. Die Franzosen sind eingebildet, aber nicht klug; wären sie klug, so würden sie sich nicht jetzt im Ruhrgebiet schlagen. Klug sind die Deutschen und Russen. Welche Regierung immer Rußland befehlt, sie ist unsere, wir gehören ihr. Das kleine kroatische Volk wird auch immer, wie jetzt, auf der Seite des großen deutschen Volkes stehen, weil Deutschland nie die Dummheit begehen wird, kleine Völker zu unterdrücken.“

Die Raube der Schmuggler. Vor dem Hafen von Newyork hat sich eine nicht alltägliche Schmuggler-Tragödie abgespielt. Der Küstenwache war ein Motorboot aufgefallen, das sich in verdächtiger Weise vor dem Hafen zu schaffern machte. Das Boot wurde gekapert und die beiden darauf befindlichen Schiffer als Alkoholschmuggler an Bord des Polizeikutters gebracht. Als das Regierungsboot sich wieder dem Hafen näherte, fiel der einzige Beamte über Bord. Um ihn zu retten, beugte sich der Kapitän weit über die Reeling und ließ sich dabei von den beiden verhafteten Schmugglern an den Beinen festhalten. Diese ließen sich das nicht zweimal sagen, sondern gaben dem Kapitän einen freundschaftlichen Abschiedstoß, worauf sie, bestens dankend, mit dem Polizeikutter und dem beschlagnahmten Alkohol verschwanden.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Nach Anordnung des badischen Finanzministeriums sind die Steuererklärungen für die Veranlagung zur Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923 spätestens bis 22. Mai 1923 abzugeben. Anträge auf Verlängerung der Frist müssen - abgesehen von ganz besonders begründeten Fällen - abgelehnt werden.

Im übrigen wird ausdrücklich auf die öffentliche Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen vom 25. Januar 1923 ds. Js. hingewiesen und in Abänderung jener Aufforderung bemerkt, daß nach dem Gesetz vom 13. April ds. Js. über die Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes nach dem Stand am 31. Dezember 1922 (Stichtag) für alle von einem gewerblichen Betriebsunternehmen in Baden betriebenen gewerblichen Unternehmungen eine Steuererklärung abzugeben ist

- a) von neu zugehenden Steuerpflichtigen, wenn das gesamte steuerbare Betriebsvermögen im ganzen 200 000 Mk. übersteigt;
b) von bereits veranlagten Steuerpflichtigen, wenn das gesamte steuerbare tatsächliche Betriebsvermögen 1922 gegenüber 1921 sich um mindestens 50 000 Mk. erhöht hat und gleichzeitig die Freigrenze von 200 000 Mk. übersteigt;
c) wenn Betriebsvermögen von mehr als 200 000 Mk. 1921 nicht veranlagt worden ist.

Als Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft.

Die Vorbrücke zu den Steuererklärungen und Merkblätter hiezu werden den Steuerpflichtigen in den nächsten Tagen zugehen. Wer sie bis 18. Mai 1923 noch nicht erhalten hat und zur Einreichung einer Erklärung verpflichtet ist, muß dieselben beim Finanzamt oder bei der Steuereinnahmestelle abholen.

Sinsheim, den 12. Mai 1923.

Finanzamt.

Stammholz- und Stangenversteigerung.

Freitag, den 18. Mai nachmittags 2 Uhr beginnend werden aus dem Privatwald des Herrn Karl Glöck 115 Akazienstämme V. und VI. Kl., 10 Stück Akazienstangen und 3 Ster Akazien-Nutzholz gegen Barzahlung öffentlich versteigert. Zusammenkunft beim Bahnhofsrestaurant 27a der Bahnlinie Neckesheim-Eichelbronn.

Zuzenhausen, den 11. Mai 1923.
Bürgermeisteramt.

Wimpfen. Brennholzverkauf.

Dienstag, den 22. und Mittwoch, den 23. Mai l. J., je vormittags 9 Uhr anfangend, kommen im Forstwald, Distrikt: Obere Kahlhütte und Dürrköpfel gegen Barzahlung zur Versteigerung:

- 496 Km. buche Scheiter
33 Km. eiche Scheiter
220 Km. meist buche Knüppel
80 Km. Stöcke
26 Km. eiche Reifig
900 Wellen buche Reifig.

Zusammenkunft an beiden Tagen in Helmhof.

Wimpfen, den 11. Mai 1923.

Herrn Bürgermeister Wimpfen.
Sailer.

Stempel und Klichees nach Zeichnung oder Photographie in Holzschnitt, Zinkätzung oder Autotypie ausgeführt liefert rasch und billig. G. Becker'sche Buchdruckerei Sinsheim, beim Bahnhof.

Öffentliche Sitzung des bad. Schöffengerichts.

Sinsheim, den 10. April 1923.

Gegenwärtig:

Oberamtsrichter Grein, als Vorsitzender,
Sebastian Hafner, Landwirt in Dühren, Karl Späth, Landwirt in Rappenu, als Schöffen,
Referendar Dr. Fehnenmaler, als Vertreter der Staatsanwaltschaft,
Justizobersekretär Kletti, als Gerichtsschreiber.

- 1. In Str.-S. gegen
a) den Landwirt und Cigarrenmacher Johannes Jakob Bollweiler,
b) den Landwirt und Fuhrmann Jakob Friedrich Flaig,
c) die ledige Margarete Julie Flaig, alle in Dühren, wegen Beleidigung.

II. In Pr.-Rl.-S.
des Bürgermeisters Friedrich Mayer, in Dühren, Privatkl. und Widerankl.

gegen
den Landwirt und Cigarrenmacher Johannes Bollweiler, Angekl. und Widerkl.,

III. In Pr.-Rl.-S.
des Bürgermeisters Friedrich Mayer, in Dühren, gegen
die ledige Margarete Julie Flaig, in Dühren, wegen Beleidigung,

OS. I, II und III verbunden,

IV. In Pr.-Rl.-S.
des Landwirts und Cigarrenmachers Johannes Bollweiler, in Dühren, gegen
den Bürgermeister Friedrich Mayer, in Dühren, wegen Beleidigung.

Vergleich.

Die Angeklagten erklärten, sie seien davon überzeugt, daß Bürgermeister Mayer in Dühren in keiner Weise an den Tabakdiebstählen oder an der Wegschaffung des Tabaks von Dühren beteiligt sei und daß er keinerlei unstatthafte Beziehungen zu Frau Speer unterhalten habe oder unterhalte.

Der Angeklagte Bollweiler erklärte weiter, er sei davon überzeugt, daß Gendarmeriekommissär Flaig in Sinsheim sich keinerlei Pflichtwidrigkeiten bei den Erhebungen habe zuschulden kommen lassen, insbesondere keine Meldung unterschlagen habe.

Die in ihren mündlichen und schriftlichen Äußerungen liegenden Unterstellungen und Verdächtigungen gegen die beiden Beleidigten nehmen die Angeklagten vorbehaltlos und nach allen Richtungen zurück.

- Als Buße bezahlt:
1. Der Angeklagte Bollweiler 300 000 Mk. an den Frauen-Verein Dühren,
2. Friedrich Flaig 20 000 Mk. an die Ruheshilfe in Sinsheim,
3. Gulchen Flaig 20 000 Mk. an das Blinden-Erholungsheim in Wertheim.

Die Angeklagten tragen die sämtlichen durch das Verfahren erwachsenen Kosten, einschließlich der vereinbarten Gebühr des nebenklägerischen Vertreters unter samstverbindlicher Haftbarkeit.

Die Beleidigten und deren vorgelegte Behörden sind berechtigt, diese Erklärungen der Angeklagten auf deren Kosten bis zum 15. Mai ds. Js. in folgender Weise öffentlich bekannt zu machen:

- 1. durch Anschlag an die Rathausstafel in Dühren,
2. durch einmaliges Einrücken in folgenden Zeitungen:
a) im „Landboten“ in Sinsheim,
b) im „Heidelberger Tagblatt“
c) in den „Neuesten Nachrichten“ Heidelberg.

Der Angeklagte Bollweiler nimmt seine gegen Bürgermeister Mayer am 24. Januar ds. Js. erhobene Widerklage sowie seine Privatklage gegen Bürgermeister Mayer vom 5. März ds. Js. zurück unter Übernahme der sämtlichen hierdurch erwachsenen Kosten einschließlich der vereinbarten Gebühr des gegnerischen Vertreters.

Der Vorsitzende: Der Gerichtsschreiber:
gez. Grein. gez. Kletti.

Ausgefertigt Sinsheim, den 14. April 1923.
(Siegel.) Der Gerichtsschreiber: gez. B. d.
Zur Beglaubigung: Dr. Jahn, Rechtsanwalt.

Statt Karten. Eugenie Wacker Georg Gschwind Verlobte Sinsheim a. E. Sinsheim a. E. Karlsruhe Mai 1923.

HAPAG HAMBURG-AMERIKA LINIE NACH NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA AFRIKA, OSTASIEN USW. Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. - Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer. Etwa wöchentliche Abfahrten von HAMBURG NACH NEW YORK. Auskünfte und Drucksachen durch HAMBURG-AMERIKA LINIE. HAMBURG und deren Vertreter in Sinsheim: Hermann Betsch, Hauptstr. 304. Telefon 127.

Durch günstigen Einkauf kann ich eine größere Anzahl Grabdenkmäler äußerst billig abgeben. Wilhelm Merkle, Bildhauer Tel. 114 Sinsheim a. E. Tel. 114

Braune Lederhandsäcke auf dem Wege nach Waibstadt verloren. Abzugeben gegen gute Belohnung beim Landboten. Gebe umsonst gegen Sommersprossen einfaches Mittel bekannt. Fräulein Irene Müller, Stuttgart A 10, Sängersfr. 5. Gesundes Blut! frisches Aussehen, allgemeines Wohlbefinden, verschafft eine Kur mit Dr. Bufoles echt. Wachholder-Extrakt! Die wohltuende Wirkung d. Wachhold.-Extraktes ist seit altersher bekannt und geschätzt. Zu haben bei: A. Engel, Engel-Drogerie. Frachtbriefe empfiehlt die G. Becker'sche Buchdruckerei.